



Trichet verteidigt Euro gegen Kritik

Jean-Claude Trichet diskutierte die Rolle des Euro und der Europäischen Zentralbank in der Finanzkrise in einem Gespräch mit Professor Peter Bofinger auf der Euro Finance Week am 17. November in Frankfurt. Er erklärte, der Euro sei „widerstandsfähiger als externe Beobachter glauben“ und machte eine „Voreingenommenheit gegenüber dem Euro und der Eurozone“ bei Kritikern der Gemeinschaftswährung aus.

In dem Gespräch mit dem Wirtschaftsweisen verteidigte Jean-Claude Trichet, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), die europäische Währungspolitik und skizzierte mögliche Zukunftsszenarien für die Finanzpolitik der Europäischen Union.

Er hob das Vertrauen der Bevölkerung in den Euro und in die europäischen Institutionen hervor, das teils größer sei als das Vertrauen in die nationale Politik. So hätten sich 69 Prozent der Griechen für den Verbleib im Euro ausgesprochen. Es sei zudem bezeichnend für die Stärke des Euro, dass heute mehr Staaten die gemeinsame Währung verwendeten als vor der Finanzkrise.

„Europa ist Teil der Lösung“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und der von den Zentralbanken eingeschlagene Weg extrem niedriger Leitzinsen seien Probleme, die alle entwickelten Volkswirtschaften betreffen, hob Jean-Claude Trichet hervor. Europa sei hiervon nicht allein betroffen, sondern „Teil der Lösung“.

Die EZB, der Trichet beim Ausbruch der Finanzkrise vorstand, sei ein erfolgreicher Krisenmanager gewesen und habe Schlimmeres verhindert. Ohne deren „mutige

und entschlossene Reaktion“ wäre die Krise schlimmer als 1929 ausgefallen. So habe Europa zwar eine „furchtbare Rezession, aber keine Große Depression“ erlebt. Trotzdem stellte Trichet klar, dass es sich um die schlimmste europäische Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gehandelt habe.

„Wir waren nicht völlig überrascht“

Peter Bofinger zitierte die britische Königin Elizabeth II, die in Anbetracht des Ausmaßes der Krise fragte: „Warum sah niemand das kommen?“. Jean-Claude Trichet erwiderte, für die EZB sei die Krise „nicht völlig überraschend“ gekommen. Ansonsten hätte man nicht so schnell und umfassend reagieren können.

Der Wirtschaftsweisenrat Peter Bofinger verwies darauf, dass der Sachverständigenrat zu einem Ende oder zumindest einer Reduktion des *Quantitative Easing*, also des Ankaufs von Staatsanleihen durch die Zentralbank geraten habe. Peter Bofinger selbst vertritt in diesem Punkt die Minderheitenposition innerhalb des Rats. Jean-Claude Trichet teilte diese Auffassung nicht und verwies darauf, dass der Umfang des Quantitative Easing in Europa ohnehin weitaus geringer sei als etwa in den USA oder Japan.

Trichet erneuert Forderung nach EU-Finanzminister

Mit Bezug auf die mögliche Zukunft des Euro skizzierte Peter Bofinger drei Szenarien: Einerseits eine Art „Maastricht 2.0.“ mit strengen Regeln, die etwa die Vergemeinschaftung von Schulden unterbinden und Staatsinsolvenzen erleichtern. Ein weiteres Szenario sei ein „Euro 2.0“, bei dem mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen werden. Das dritte und „gefährlichste“ Szenario sei, dass weder ein Weg noch der andere umgesetzt werde und die europäische Politik sich in der Krise allein auf die Intervention der EZB verlasse.

Jean-Claude Trichet erneuerte in diesem Zusammenhang seine Forderung nach einem EU-Finanzminister mit weitreichenden Kompetenzen. Bei Konflikten zwischen nationalen und europäischen Institutionen, wie etwa während der Griechenlandkrise, müsse das letzte Wort jedoch bei den „direkt legitimierten Vertretern des Volks“ liegen. In diesem Zusammenhang hob Jean-Claude Trichet auch die Bedeutung des Europäischen Parlaments hervor.